

Bildungspolitik im Bord-Bistro

Auf der Heimfahrt von einer Fortbildung, kurz vor dem Beginn der Sommerferien, entere ich in Duisburg das Bord-Bistro des IC nach Münster. Mit einem Schümli-Kaffee lehne ich am Fenster neben dem Tresen und lasse die Stadtlandschaften des Ruhrgebiets an mir vorbeiziehen.

Ich spüre, wie in mir Euphorie aufsteigt. Nach dem Patt der Landtagswahl in NRW bildet sich eine Minderheitsregierung von SPD und GRÜNEN, die mit „wechselnden Mehrheiten“ arbeitet. Faszinierend. In Münster haben wir seit einem Jahr eine ähnliche kommunalpolitische Lage. Es wird viel über Politik diskutiert und gestritten – mehr, als wenn ein politisches Lager über eine stabile Mehrheit verfügte. Vielleicht gelingt es in NRW, wirklich politische Debatten zu führen?

Spannende bildungspolitische Ziele hört man aus Düsseldorf. 30 % aller Sekundarschulen können in den nächsten fünf Jahren Gemeinschaftsschulen werden. Nicht *top-down*, per Ordre Mufti aus dem Ministerium. Nein, nur wenn die Initiative von den Bürgern in den Kommunen und den örtlichen Schulträgern ausgeht. Landespolitik schafft Rahmenbedingungen, die vor Ort entwickelte Konzepte unterstützen. Vielfalt im schulischen Angebot, Wettbewerb der Schulen vor Ort bei fairen Bedingungen. Meine Traumvorstellung von Schulentwicklung!

Die Fahrgeräusche des betagten Bistrowagens verebben, der Zug hält in Essen. Ich vernehme Diskussionsfetzen vom benachbarten Tisch. Um das Rund quetschen sich fünf Herren. Zwei Gesichter kommen mir bekannt vor. Der IC kommt aus Düsseldorf. Richtig, im Kontext der neuen Fraktion der LINKEN habe ich sie schon mal gesehen. Am Tisch geht es ebenfalls um die Bildungspolitik der neuen rotgrünen

Minderheitsregierung. Seltsam – sind meine nachmittagsentspannten Gedanken durch die Diskussion am Nachbartisch unbewusst auf das Gleis der Bildungspolitik geraten?

Die Herren kommen zu einer anderen Einschätzung der Lage. Einer wettet: „Das ist mal wieder typisch rot-grün! Die Verantwortung wird in die Kommunen verlagert, und die Landesregierung hält sich fein heraus. So ändert sich doch nichts! Bildungsreform passiert doch nur, wenn von oben her Veränderung durchgesetzt wird. Die gemeinsame Schule für alle Kinder bekommen wir doch nicht, wenn wir das den Städten überlassen! Und auf dem flachen Land passiert erst recht nichts.“

„Tja, so ist das“, denke ich, während der Zug wieder Fahrt aufnimmt und ich nicht mehr verstehen kann, was weiter gesprochen wird. Mit der geringen Innovationsbereitschaft des ländlichen Raumes irrt sich der Sprecher definitiv. In kleinen münsterländischen Gemeinden wie, in Ascheberg, gibt es ausgereifte Konzepte für Gemeinschaftsschulen. Mit einem Mindestmaß an landespolitischer Unterstützung können sie von heute auf morgen starten. Denn der Rückgang der Schülerzahlen in den Hauptschulen treibt auch CDU-Bürgermeister zur Sicherung eines guten ortsnahe Bildungsaangebots.

Doch generell ist der Einwand des Vertreters der LINKEN nicht unberechtigt. Das Leitbild der inklusiven Schule, in der alle Kinder gleichgestellt lernen und mit der individuell erforderlichen Lernunterstützung ihre Persönlichkeit in größtmöglicher Lernfreude entfalten, ist noch nirgendwo auf der Welt perfekt realisiert. Von einem wertschätzenden Umgang mit Verschiedenheit, mit Heterogenität als Triebkraft für Entwicklung im schu-

lichen Alltag sind wir noch meilenweit entfernt.

Ob es nun um eine „reiche Lernumgebung“ als notwendige Voraussetzung für das Lernen der Schüler und Schülerinnen in einer Klasse oder um einen vielfältigen politisch-strukturellen Rahmen für die Entwicklung der einzelnen Schule geht – Intervention ist in Fällen unverzichtbar, in denen die Subjekte trotz guter Bedingungen nicht von selbst in Bewegung kommen. Das in einem selbstgesteuerten Lernprozess passiv bleibende Kind braucht genauso die Unterstützung (durch die Lehrkraft) wie die Schule, die sich den geänderten Herausforderungen nicht stellt (durch die Schulaufsicht).

Doch weil es Fälle individuellen Förderbedarfs gibt, brauchen die Strukturen nicht so konstruiert zu werden, als bedürfen alle Subjekte der Engführung beim Lernen. Das wäre ebenso kontraproduktiv wie die naive libertäre Annahme, mit dem Schaffen von Freiräumen sei schon eine gerechte Gesellschaft verwirklicht. Der Diskutant der LINKEN hat gleichzeitig Recht und Unrecht – ebenso wie ich mit meiner Euphorie. Gemeinsam kommen wir weiter, wenn wir wechselweise daran arbeiten, unsere beiden Positionen nicht zu verabsolutieren. Die Verschiedenheit, der achtsame Umgang mit der Position des anderen macht aus den verschiedenen Sichtweisen jeweils „gute Positionen“ zur Gestaltung einer weiterführenden Praxis.

Ich hoffe, die Minderheitsregierung in NRW kultiviere den Kern dieses systemischen Wissens. Das wäre eine Lernchance – für unsere Schülerinnen und Schüler wie für unsere Schulen.



Michael Wildt